

## NACHTRAGSHAUSHALT VERABSCHIEDET

### 4.646.729 Euro Überschuss im Jahr 2019

Trotz der geringen Einnahmen aus dem Kommunalen Finanzausgleich und der Kreisumlage erwirtschaftet der Kreis noch 4.646.729 € Überschuss in diesem Jahr. Die Veränderungen der Kreis- und Schulumlage ergeben sich durch niedrigere Umlagegrundlagen gegenüber der Schätzung im Grundhaushalt 2019. Die Umlagegrundlagen so-

wie die Höhe der Schlüsselzu-

weisungen

wurden

durch

einen

Erlaß

des Fi-

nanzmini-

steriums am

31.10.2018 be-

kannt gegeben. Das

die Bekanntgabe erst nach der Landtagswahl erfolgte, dürfte kein Zufall sein. Der Überschuss im Haushalt 2019 hat sich von 8.337.029 € um 3.690.300 € auf 4.646.729 € im Nachtrag 2019 reduziert. Eine weitere Besonderheit im Nachtrag 2019 ist, dass erstmals auch die KIP2-Maßnahmen aufzunehmen sind. Die einzelnen Maßnahmen waren bereits in der Kreistagssitzung am 05.03.2018 beschlossen worden. Von den geplanten 48 Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 22.363.230 € sind 14.814.200 € für 2019 vorgesehen.

Auch ist zu erwähnen, dass im Nachtrag 2019 noch KIP1-Maßnahmen zu entsprechenden Auszahlungen führen. Hier sind, inkl. des Jahres 2018, 10.437.230 € angesetzt worden. Neben diesen Sonderprogrammen tätigt der Kreis weitere Investitionen in Höhe von 21.568.100 €. Fast die Hälfte des Betrages, nämlich die

Summe von



10.703.000 €

fließt in unsere Schulen. Für den Kreisstraßenbau sind Mittel von rd. 7.024.000 € vorgesehen. Der Breitband Nordhessen GmbH wird 2019 ein weiteres Gesellschafterdarlehen in Höhe von 1.692.100 € ausbezahlt und für die Atemschutzübungsanlage in Schwalmstadt sind rund 1.100.000 € veranschlagt. Der verbleibende Betrag von 1.049.000 € ist unter anderem für Investitionen der Verwaltung, sowie für Investitionszuweisungen an Städte und Gemeinden für Hallenbäder und Feuerwehrräte vorgesehen.



Foto: Götz Schleser

### IN EIGENER SACHE

Die politische Sommerpause im Kreistag geht zu Ende. In der Kreistagssitzung in Melsungen wurde der Nachtragshaushalt verabschiedet und drei Anträge der Koalition beraten. Wir lehnen die sogenannte „Heimatumlage“ ab. Unsere Kommunen wissen sehr gut selbst, wo ihnen das Geld fehlt. Auch mit der Verhinderung der Verschuldung von Kindern und Jugendlichen hat der Kreistag sich befasst.

Viel Spaß beim Lesen.

Ihr und Euer

# SCHWALM-EDER-AKTUELL

## Aus der Kreistags-sitzung

### KINDER SCHON IN SCHULEN VOR SCHULDEN SCHÜTZEN

Schon Kinder und Jugendliche können Schulden anhäufen. Handyverträge, Einkäufe auf Kredit und die Nutzung von Zahlungsfristen tragen dazu bei, dass einige schon vor dem Einstieg ins Berufsleben verschuldet sind. Daher haben die Kreistagsfraktionen von FWG und SPD in der Kreistags-sitzung am 9. September ein Maßnahmenpaket vorgelegt, das die Verschuldung Jugendlicher verringern soll. Dabei sollen Kinder und Jugendliche in der Schule gegen Schuldenmachen sensibilisiert werden. Ziel ist, die Schulsozialarbeit um eine präventive Schuldenberatung zu ergänzen. Generell wird die Schuldnerberatung



im Kreis durch die Verbraucherzentrale und die Arbeiterwohlfahrt sichergestellt. Das Land Hessen wird aufgefordert, auch im Unterrichtsfach „Politik und Wirtschaft“ sowie über die Schulsozialarbeit präventiv tätig zu werden. Falls die Lehrkräfte dafür nicht zur

Verfügung stünden, solle das Land Hessen mit den Trägern der Schuldnerberatung zusammenarbeiten.

### HERKULESSTAUDE

Aus dem Kaukasus stammt der invasive Neophyte Riesensäureklee, kurz Herkulesstaude. Dieser kann fiese Verbrennungen verursachen und mit



seiner Dominanz von vier Metern Höhe heimische Pflanzen verdrängen. Ein Monitoring mit Kartierung der Pflanze, die sich über Gewässer verbreitet, mit dem Ziel ihrer Vernichtung, war das Ansinnen eines Antrages von SPD und FWG. Das Thema geht nun in den Umweltausschuss.

### SCHNELLES INTERNET AN SCHULEN

An einigen Schulen im Schwalm-Eder-Kreis wird das schnelle Internet noch auf sich warten lassen. Landrat Winfried Becker erklärte in der Sitzung, dass seitens der Wirtschaft und des Bundes wenig



getan worden sei. Die nordhessischen Kreise hätten durch die Breitband Nordhessen GmbH 150 Millionen Euro investiert, damit Ende des Jahres Glasfaser flächendeckend zur Verfügung steht. Es handelt sich dabei um FtC-Anschlüsse. Geplant ist in jede Schule Glasfaser direkt zu legen. Der Kreis hat im Doppelhaushalt 3 Millionen Euro für die Schulen (auch die Privatschulen) und Krankenhäuser vorgesehen und einen 50-prozentigen Bundeszuschuss beantragt. Über diesen Antrag ist in Berlin noch nicht entschieden worden, so dass das weitere Verfahren noch nicht starten kann. Aber an 39 Schulstandorten existieren bereits 50 MBit oder mehr.

Notwendig aus Sicht von Winfried Becker ist aber auch, dass das Land in die Ausbildung der Lehrer in diesem Zukunftsfeld investiert, da sonst die Technik im Unterricht nicht sinnvoll genutzt werden kann.

## „Heimatumlage“

### EINE WEITERE MOGELPACKUNG DES LANDES

Mit einer weiteren Mogelpackung der Landesregierung musste sich der Kreistag in seiner letzten Sitzung beschäftigen. Wir haben den Kreisausschuss beauftragt, die Landesregierung aufzufordern, auf die Erhebung der jüngst angekündigten Heimatumlage ersatzlos zu verzichten und damit den Griff nach weiteren ca. 300 Millionen € aus den Töpfen der kommunalen Familie zu unterlassen. Nach unserer Ansicht wird der Grundgedanke der kommunalen Selbstverwaltung dadurch ad absurdum geführt, dass durch diverse parallele Umverteilungsprogramme den Kommunen zum einen das Geld entzogen und zum anderen die bürokratischen Hürden für die Inanspruchnahme von Förderprogrammen überbordend werden. Diese Entwicklung ist im Sinne einer starken kommunalen Selbstverwaltung umzukehren.

Grundlage für die Haushaltsplanung in vielen Kommunen war es, dass die Gewerbesteuerumlage um die 29 Punkte von der Bundesebene reduziert wird, die von den Kommunen über Jahre als Beitrag zum Aufbau Ost geleistet wurden. Somit verbleiben nach den Planungen mehr Erträge aus der Gewerbesteuer in den Kommunen. Leider hat sich der hessische Finanzminister kurzfristig dazu entschlossen, 75 Prozent dieser Ersparnis von den Kommunen wieder im Rahmen einer sogenannten Heimatumlage abzuschöpfen. Ziel der Landesregierung ist es

nun, von den insgesamt eingesammelten 300 Millionen €, 200 Millionen € in neue Förderprogramme zu gießen. Der Kreistag des Schwalm-Eder-Kreises begrüßt grundsätzlich Förderprogramme des Landes Hessen für

sie vorher an das Land abführen mussten. Beispiele dieser Art gibt es inzwischen leider einige: die Hessenkasse, die „beitragsfreie“ Kita. Ein weiterer Kassenschlager sind die kommunalen Investitionsprogramme



die kommunale Familie. Leider mussten wir in den letzten Jahren bereits häufig feststellen, dass diese Förderprogramme in Gestalt eines trojanischen Pferdes daherkommen, denn die Finanzierung dafür wird von den Kommunen zum großen Teil selbst getragen und so werden im Vorfeld dieser Programme den Kommunen bereits Finanzmittel über diverse Mechanismen entzogen.

Mit anderen Worten: Vielleicht bekommen die Kommunen einen Teil ihres eigenen Geldes im Rahmen eines Förderprogrammes und nach den jeweiligen Fördervorgaben bürokratisch wieder zurück, welches

KIP 1 und KIP 2, die zu einem großen Teil aus Bundesmitteln bestehen. Damit wird die kommunale Selbstverwaltung in unseren Augen Zug um Zug eingeschränkt.

Impressum  
SPD-Kreistagsfraktion  
Bahnhofstraße 36c  
34582 Borken (Hessen)

05682/5341  
spd-kreistagsfraktion-sek  
@spd.de

Redaktion:  
Günter Rudolph, MdL  
Dr. Stephan Lanzke